



**Heidrun Dittrich**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Heidrun Dittrich, MdB, Kötnerholzweg 47, 30451 Hannover

An die Presse

Berlin, 08.07.2011  
Bezug: Debatte Entschädigung ehem.  
Heimkinder am 07.07.22 DBTG  
Anlagen: Presseinformation

**Heidrun Dittrich, MdB**  
Kötnerholzweg 47  
30451 Hannover  
Telefon: +49 511-44981865  
Fax: +49 0511 - 44981867-  
Heidrun.Dittrich@wk.bundestag.de

**Berliner Büro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 2829  
Telefon: +49 30 227-726 15  
Fax: +49 30 227-766 15  
Heidrun.Dittrich@Bundestag.de

Seniorenpolitische Sprecherin

### **Presseerklärung**

#### **Ehemalige Heimkinder sollen zu Lasten der heutigen bedürftigen Kinder in der Jugendhilfe ohne Opferentschädigungsgesetz entschädigt werden.**

Nach der Debatte im Deutschen Bundestag am 07.07.2011 zur Entschädigung der ehemaligen Heimkinder der 50er und 60er Jahre in den Erziehungsheimen der Bundesrepublik Deutschland, äußert sich Heidrun Dittrich, MdB DIE LINKE. enttäuscht:

Der Runde Tisch Heimerziehung und alle im Bundestag vertretenen Parteien hatten die Schädigung der Kinder durch die Heimerziehung der 50er und 60er Jahre bis 1975 anerkannt.

Bei der tatsächlichen Entschädigung werden jedoch die Mittel der Bundesregierung von 40 Mio. € aus dem Haushalt der Kinder- und Jugendhilfe 2012 entnommen, statt sie aus dem allgemeinen Bundesetat 40 Mio. € zur Verfügung zu stellen. Einsparungen ließen sich sicher bei der Bundeswehr finden, meint Heidrun Dittrich. Damit werden Kürzungen zu Lasten der heutigen bedürftigen Kinder der Jugendhilfe stattfinden. Ehemalige Heimkinder sollen zu Lasten der heutigen bedürftigen Kinder in der Jugendhilfe ohne Opferentschädigungsgesetz entschädigt werden.

Die Fondslösung mit 120 Mio. € , wie sie vom Runden Tisch Heimerziehung erarbeitet wurde, basiert auf freiwilliger Einzahlung der Kirchen als konfessionelle Heimträger sowie der Bundesländer und des Bundes zu je 40 Mio. €. Für 800 000 betroffene Heimkinder, wovon noch 500 000 leben, sicher zu wenig.

So hatten sich die Opfer der Heimerziehung ihre Entschädigung nicht vorgestellt! Sie forderten einen monatlichen Entschädigungsbetrag von 300 € oder einen Einmalbetrag von 54.000 €. Diese Forderungen wurden weder vom Runde Tisch Heimerziehung noch von den anderen Parteien aufgegriffen.



Mit einem eigenen Antrag hatte DIE LINKE. im Bundestag die Forderungen der Heimkinder mit monatlicher Entschädigung aufgegriffen. DIE LINKE forderte ein Opferentschädigungsgesetz, um den Opfern der Heimerziehung einen Rechtsanspruch zu eröffnen. Auch in der Sachverständigenanhörung vom 27.06.2011 wurde der Gesetzgeber aufgefordert, nachzubessern und ein Gesetz zur Regelungen der Opfereigenschaft, zur Höhe und zur Definition der Ursache und Folgeschäden zu schaffen. Die Ergebnisse der Anhörung wurden von den anderen Fraktionen nicht aufgegriffen, sodass die Anhörung als Farce bezeichnet werden kann!